



# Jugendarbeitslosigkeit: EU soll 5,3 Millionen jungen Menschen helfen, gute Jobs zu finden

Plenartagung [17-07-2014 - 11:56]

**In einer am Donnerstag verabschiedeten Entschließung hat das Europäische Parlament stärkere Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gefordert, einschließlich gemeinsamer Mindeststandards für Ausbildungsstellen und angemessene Löhne. EU-Mittel für beschäftigungsrelevante Programme sollten in Zukunft erhöht werden, so die Abgeordneten in der Entschließung, die mit 502 gegen 112 Stimmen angenommen wurde, bei 22 Enthaltungen.**

Das Parlament warnt, dass es kein wesentliches nachhaltiges Wirtschaftswachstum in der EU geben wird, solange die Ungleichheiten nicht verringert werden. Es unterstreicht, dass Jugendarbeitslosenquoten ein bisher nicht gekanntes Niveau von im EU-Durchschnitt 23% erreicht haben, mit Spitzen bis zu 50% in einigen Mitgliedstaaten, und dass insgesamt 5,3 Millionen Menschen unter 25 Jahren arbeitslos sind.

Die Kommission sollte die Umsetzung der im vergangenen Jahr eingeführten Jugendgarantieprogramme wirksam überwachen und Mindeststandards für die Qualität von Ausbildungsstellen, angemessene Löhne und den Zugang zu Arbeitsvermittlungsstellen vorschlagen, so die Abgeordneten, die im Entschließungstext außerdem darauf hinweisen, dass die für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen veranschlagten 6 Mrd. Euro nicht ausreichen, und die Mittel dafür erhöht werden sollten.

In der Resolution fordern die Abgeordneten die Mitgliedstaaten auf, auf nationaler Ebene weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit zu ergreifen, darunter insbesondere solche, durch die verhindert wird, dass die Schulausbildung vorzeitig abgebrochen wird, oder durch die Bildungs- und Ausbildungssysteme gefördert werden, sowie umfassende Strategien für junge Menschen zu entwickeln, die weder eine Arbeit haben noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvieren. Die Mitgliedstaaten sollten auch auf EU-Programme wie den Europäischen Sozialfonds und ERASMUS+ zur Beseitigung von Armut und sozialer Ausgrenzung und zur Förderung des Unternehmertums zurückzugreifen, so der Text der Entschließung.

## **Allgemeine und berufliche Bildung an die Erfordernisse des Arbeitsmarktes anpassen**

In dem Text betonen die Abgeordneten, dass es für junge Menschen wichtig ist, auch im Rahmen eines Auslandsstudiums fachübergreifende Kompetenzen wie IKT-Kenntnisse, Führungskompetenzen, kritisches Denken und Sprachkenntnisse zu erwerben. Sie fordern die Mitgliedstaaten auf, sich entsprechend den voraussichtlichen zukünftigen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt auf Branchen mit einem hohem Potential für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu konzentrieren und den Bereichen Naturwissenschaften, Technologie, Ingenieurwissenschaften und Mathematik in ihren Ausbildungsprogrammen Priorität einzuräumen.

Schließlich verlangt das Parlament von den Mitgliedstaaten, dafür zu sorgen, dass junge Menschen Zugang zu hochwertigen Arbeitsplätzen haben, die Stabilität und Sicherheit bieten und Kernarbeitsnormen berücksichtigen. Die nationalen Regierungen sollten des Weiteren mit Blick auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unnötigen Verwaltungsaufwand und bürokratische Hürden für Selbständige, Kleinstunternehmen und KMU beseitigen, vorteilhafte steuerpolitische Maßnahmen einführen und günstigere Bedingungen für private Investitionen schaffen.

#youth #employment

# Pressemitteilung

## Kontakt

### **Janez VOUK**

BXL: +32 2 28 31053

STR: +33 3 881 74466

EMAIL: [empl-press@europarl.europa.eu](mailto:empl-press@europarl.europa.eu)

TWITTER: EPSocialAffairs

### **Armin WISDORFF**

BXL: (+32) 2 28 40924

STR: (+33) 3 881 73780

PORT: +32 498 98 13 45

EMAIL: [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

### **Michaela FINDEIS**

BXL: (+32) 2 28 31141

STR: (+33) 3 881 73603

PORT: (+32) 498 98 33 32

EMAIL: [presse-DE@europarl.europa.eu](mailto:presse-DE@europarl.europa.eu)

### **Huberta HEINZEL**

STR: (+33) 3 881 74646

PORT: (+43) 676 550 3126

### **Jens POTTARST**

STR: (+33) 3 881 64025

PORT: (+49) 151 172 57 196

EMAIL: [Presse-de@ep.europa.eu](mailto:Presse-de@ep.europa.eu)